



## Regierungsratsbeschluss vom 26. Januar 2016

Organisation der Bahninfrastruktur (OBI); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

---

P151332

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an Bundesrätin Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

### **Begründung**

Der Regierungsrat begrüsst im Grundsatz die Vernehmlassungsvorlage zur Organisation der Bahninfrastruktur (OBI). Diese beinhaltet unter anderem erweiterte Passagierrechte, die Schaffung einer neutralen, unabhängigen Trassenvergabestelle als Anstalt des Bundes sowie eine Schiedskommission Eisenbahnverkehr mit gegenüber heute erweiterten Kompetenzen. Zu einzelnen Themenbereichen bringt der Regierungsrat Vorbehalte an, da dies für die Kantone als Besteller von Leistungen im Regionalverkehr direkte Kostenfolgen hat. Ausserdem ist es unbedingt notwendig, dass der Bund die Kantone als Besteller von Leistungen im Regional- und Ortsverkehr direkt in diesen Prozess miteinbezieht. In diesem Sinne schliesst sich der Regierungsrat der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV) vollumfänglich an. Der Regierungsrat erwartet wie die KöV, dass Bund und Kantone gemeinsam Lösungen zu den offenen Punkten erarbeiten.

